

Bündnis 90 / Die Grünen Mülheim an der Ruhr

Programm zur Kommunalwahl 2009

Migration und Integration

Wir stehen für eine Kultur des Respekts vor den kulturellen Unterschieden in unserer Stadt und für ein friedliches Zusammenleben. Kulturelle Unterschiede begreifen wir als Chance, nicht als Hindernis. Integrationsarbeit ist als gegenseitiger Prozess zu verstehen: Es gilt nicht nur Integrationshemmnisse bei Migrantinnen und Migranten abzubauen, wir möchten auch die Integrationsfähigkeit von Deutschen fördern. Integrationsarbeit ist darüber hinaus als Querschnittsaufgabe aller Bereiche der Kommunalpolitik zu verstehen. In Mülheim verfügt schon jetzt mehr als jeder zehnte Mensch über einen Migrationshintergrund. In den jüngeren Altersgruppen ist der Anteil deutlich höher.

Wir setzen uns für eine verstärkte Partizipation und Teilhabe der Menschen nicht deutscher Herkunft (mit oder ohne deutschen Pass) am gesellschaftlichen Leben in dieser Stadt ein. Dazu gehört auch, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Fraktionen, Rat und Ausschüssen tätig sind und dass die Interessenvertretung der ausländischen MülheimerInnen ein größeres politisches Gewicht bekommt. Der Ausschluss von nicht EU-Bürgern von den Kommunalwahlen ist z. B. ein Anachronismus, der gegen Integration und Gleichheit spricht.

Wir werden auf die Verbesserung des interkulturellen Dialogs und der interkulturellen Kompetenz der einheimischen Bevölkerung hinarbeiten und nicht nur die Erarbeitung des interkulturellen Leitbildes der Stadt begleiten, sondern auch dessen Umsetzung einfordern.

Dazu gehört auch, dass wir Orte finden müssen, an denen Migrantinnen und Migranten in Mülheim „ankommen“ können. Wir wollen Schutz und Menschenwürde für Flüchtlinge und auch die Menschen gewährleisten, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Und wir werden uns jedem Ansatz von Fremdenfeindlichkeit und rassistischen Tendenzen entgegenstellen.

Deshalb arbeiten wir aktiv mit beim Runden Tisch gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, umbenannt in Mülheimer Initiative für Toleranz (MIT).

Wir wollen Migrantinnen und Migranten besser in die Stadtentwicklungsprozesse und Stadtteilplanung einbeziehen und so erreichen, dass die Stadt in allen Stadtteilen in allen ihren Facetten für alle Mülheimerinnen und Mülheimer mit und ohne Migrationshintergrund wieder attraktiv wird.

Wir unterstützen die Einrichtung des Integrationsrates mit mehr Kompetenzen. Wir stehen für eine angemessene Förderung der interkulturellen Arbeit. Wir wollen eine Schulpolitik, die verstärkt die vorhandenen Kompetenzen der Kinder mit Migrationshintergrund anerkennt und fördert. Wir unterstützen die flächendeckende Förderung in deutscher Sprache – Deutsch und interkulturelles Lernen in Mülheim an der Ruhr (DILIM) – insbesondere vor Schuleintritt und die Unterstützung bei der Weiterentwicklung der Muttersprache. Deutschkurse der VHS sollen bei entsprechender Nachfrage auch dezentral in Schulen und Vereinen angeboten werden. Wir setzen uns nicht nur für Orientierungskurse für NeuzuwanderInnen ein, damit sie von Anfang an mit unserer Kultur, den Grundwerten der Demokratie und der deutschen Sprache vertraut werden, sondern auch für mehr Begegnungsmöglichkeiten.

Wir werden ein Integrationskonzept einfordern, dass dem Anspruch gerecht wird, die sozialen und gesundheitlichen Dienste für Migrantinnen und Migranten zu öffnen, die vorhandenen Angebote auf ihre Wirksamkeit in Bezug auf ZuwanderInnen zu überprüfen und ggf. Angebotslücken zu erkennen und zu schließen. Wir werden bei Einstellung städtischen Personals darauf hinwirken, dass mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund beschäftigt werden. Darüber hinaus sollen städtische MitarbeiterInnen vermehrt an interkulturellen Schulungen teilnehmen. Wir werden insbesondere die Arbeit von und mit ausländischen Frauen und Müttern unterstützen.

Wir fordern, dass die Prüfung der Kenntnisse der deutschen Sprache als wichtige Voraussetzung für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft in Mülheim nicht zu einem Verhinderungsinstrument wird. Wir fordern, dass bei der ersten Einwanderungsgeneration darauf Rücksicht genommen wird, dass sie ein Leben lang am Aufbau der Bundesrepublik mitgearbeitet hat, ohne dass der Staat dieser Generation Integrations- oder Sprachkurse angeboten hat.

Wir fordern, MigrantInnen auch als Wirtschaftsfaktor ernst zu nehmen und ihre Potentiale zu fördern. Die Unterstützung und Information von ExistenzgründerInnen und UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund ist ausdrücklich Aufgabe unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Wir wollen, dass auch Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine faire Chance geboten wird. Häufig haben sie noch schlechtere Schulabschlüsse und schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb sind die Anstrengungen zu verstärken, die Jugendlichen zu erreichen, weiter zu qualifizieren und ihnen eine Perspektive zu bieten.

Wir wollen, dass der Bedarf an Pflegedienstleistungen und an Plätzen in Altenheimen für Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt im Rahmen der Pflegekonferenzen ermittelt und unter Einbeziehung von Fachpersonal mit Migrationshintergrund in die Planungen mit aufgenommen wird. Dies gilt insbesondere für die Sprachkompetenzen des Pflegepersonals und kultursensible Dienstleistungen und Angebote.

Wir fordern eine aktive integrative Wohnungspolitik der Stadt, um Gettoisierung in einzelnen Stadtteil als Folge sozialer Schieflage entgegenzuwirken. Wir werden uns auch in Zukunft für dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen einsetzen. Containeranlagen sind keine Option!

Wir werden die Arbeit der Härtefallkommission auch weiterhin positiv unterstützen. Wir setzen uns für die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle ein. Wir werden die kontinuierliche umfassende Berichterstattung der Verwaltung zur Integration einfordern, um auf Entwicklungen und spezielle Probleme reagieren zu können.